

FemUnion-ExpertInnen vereinigen sich gegen Gewalt in Partnerschaften auf Grundlage gemeinsamer Unterstützungsstandards

Am 23. November wird eine Online-Plattform für Fachleute gelauncht, die zum ersten Mal ExpertInnen auf der Grundlage gemeinsamer ethischer Grundsätze und methodischer Ansätze für die Arbeit mit Betroffenen häuslicher Gewalt zusammenbringt. Die Ressource stellt wichtige Hilfsmittel vor und erleichtert es Fachleuten Gleichgesinnte zu finden und Betroffenen Hilfe zu erhalten.

FemUnion (www.crisiscenter.ru/femunion/) wird ein wirksames Instrument sein, um Gleichgesinnte zusammenzubringen und zur Entwicklung eines universellen methodischen Ansatzes für die Arbeit im Bereich Gewalt gegen Frauen auf Grundlage der in der gemeinsamen "Absichtserklärung" dargelegten ethischen Grundsätze beizutragen. Diese betont, dass das Phänomen Gewalt gegen Frauen alle Aspekte von Gewalt umfasst, einschließlich physischer Erscheinungsformen als auch die Androhung von Gewalt, Nötigung und Einschränkung der Handlungs- und Meinungsfreiheit, unabhängig davon, ob sie im öffentlichen oder im privaten Bereich begangen wird.

Bei häuslicher Gewalt handelt es sich um ein weltweit verbreitetes Problem und trotz unterschiedlicher Mentalitäten können die Hilfsmittel für alle Fachkräfte gleichermaßen nützlich und wirksam sein. Ebenso universell wie die Hilfsinstrumente sind auch die ethischen Grundsätze. So sind zum Beispiel alle Fachleute, die sich mit Gewalt in Partnerschaften befassen, gleichermaßen weit von der Rhetorik entfernt, dass Überlebende häuslicher Gewalt selbst daran schuld sind und dass es außer Frage steht, dass der Täter immer verantwortlich ist. Es ist auch ethisch vertretbar, den Begriff "Opfer" zu vermeiden, da er es den Betroffenen erschwert der Krise zu entkommen, sie ihrer Handlungsfähigkeit beraubt und ihnen nicht die Kraft gibt zu kämpfen.

Die Plattform bietet Hilfsmittel, die sowohl von ExpertInnen als auch von Betroffenen genutzt werden können. Vor allem werden Fachleute miteinander kommunizieren, Kontakte, nützliche Links und Materialien austauschen sowie ihre Beratungsfähigkeiten verbessern können. Betroffene Frauen können den illustrierten "Notfallkoffer" herunterladen - eine Liste mit den wichtigsten Utensilien für das Überleben im Gefahrenfall - oder den Selbstdiagnostest "Beurteilen Sie den Grad der Bedrohung in Ihrer Beziehung" online durchführen. Der Test hilft, die tatsächliche Situation in einer Familie oder einer Partnerschaft zu ermitteln, Anzeichen von Gewalt zu erkennen, den Grad der Gefährdung einzuschätzen und Informationen darüber zu erhalten, wie und wo man Hilfe erhält.

Betroffene und ExpertInnen werden auch von den "Top-10-Anweisungen" für dringende Fälle profitieren: bei körperlicher und sexualisierter Gewalt, Vergewaltigung, Todesdrohungen, Stalking (auch im Internet) und Erpressung. Außerdem findet man dort spezifische Ratschläge, wie man eine Schlägerei protokolliert und wo man vorübergehend Schutz findet.

Die Plattform wird laufend mit neuen Materialien und Kontakten aktualisiert, sobald Informationen verfügbar sind. Es ist bereits eine Datenbank eingerichtet, in die sich alle interessierten Fachkräfte, die mit Betroffenen häuslicher Gewalt arbeiten, eintragen können. Um der Plattform beizutreten und von allen nützlichen Materialien und Instrumenten zu profitieren, muss man die einheitliche "Absichtserklärung" sorgfältig lesen und akzeptieren sowie einen kurzen Fragebogen ausfüllen. "Wir sehen FemUnion als ein hervorragendes Instrument für die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Fachleuten, eine einzigartige Ressource, die auf einem einzigen ethischen Prinzip beruht", betonte Elena Bolyubach, Leiterin des INGO-Krisenzentrums für Frauen.

Kontakt in Deutschland: +4916095522009 leonenko@mediaost.de

Kontakt in Russland: pr@crisiscenter.ru

Die Pressemappe des Projekts finden Sie hier: <http://www.mediaost.de/aktuelles/>

Projekträger: Kultur- und Bildungsprojekte e.V. (KuBiPro), Berlin, und NGO Krisenzentrum für Frauen, St. Petersburg. Das Projekt wird vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Programms "Östliche Partnerschaft und Russland" gefördert.